# *Hilfe für Griechenland, Stabilität für Europa – im Interesse Deutschlands*

**Ursachen und Auswirkungen der Finanzkrise in Griechenland, das „Rettungspaket“ und die notwendigen Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone**

## Zuspitzung der griechischen Haushaltslage seit Beginn der Finanzkrise

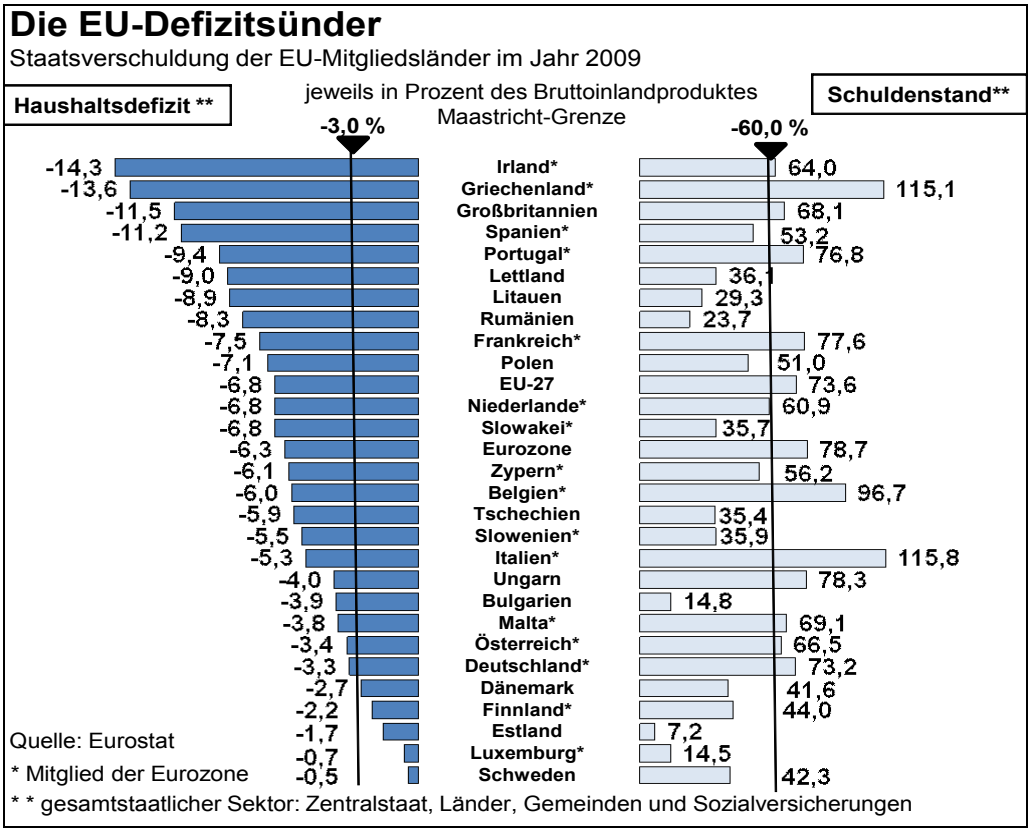
Wie die gesamte Staatengemeinschaft in Europa und weltweit ist Griechenland in den letzten zwei Jahren von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden. Die dadurch ausgelösten Wachstumsverluste und zusätzlichen öffentlichen Defizite haben die durch hohe Schulden vorbelasteten Finanzen Griechenlands endgültig aus dem Gleichgewicht gebracht. Die dauerhafte Wiederherstellung der staatlichen Finanzierungsfähigkeit in Griechenland verlangt aufgrund dieser Vorbelastung wesentlich umfassendere und tiefgreifendere Maßnahmen als sie allein zur Überwindung der Finanzkrise erforderlich wären.

Der griechische Staatshaushalt hat in der Vergangenheit sowohl unter dauerhafter Einnahmeschwäche als auch unter überbordenden Ausgaben gelitten, letzteres besonders in den vergangenen fünf Jahren, unter der liberal-konservativen Regierung von Kostas Karamanlis. Die zu geringen Einnahmen sind nicht nur zu niedrigen Steuersätzen, sondern insbesondere auch eklatanten Vollzugsdefiziten in der Steuerverwaltung geschuldet.

Das durch die Finanzkrise fundamental veränderte Umfeld hat unmittelbar nach der Lehman-Pleite zu einer deutlich kritischeren Marktbewertung der griechischen Haushaltssituation geführt. Bereits im Spätherbst 2008 gab es einen erheblichen Zinsaufschlag auf griechische Staatsanleihen gegenüber den übrigen Partnern in der Eurozone. Nachdem sich diese Situation zusammen mit dem Marktumfeld im Jahresverlauf 2009 wieder leicht entspannt hatte, kam es seit November 2009 zu einer schubweisen Eskalation der Lage, die in den vergangenen Wochen dazu führte, dass Griechenland auslaufende Kredite am Markt nicht mehr zu tragbaren Konditionen refinanzieren konnte.

Auslöser der Eskalation Ende 2009 war das Eingeständnis der neuen sozialdemokratischen Regierung Griechenlands, das Land habe über einen langen Zeitraum hinweg seine wahren Haushaltsprobleme durch manipulative Finanzgeschäfte und Fälschungen der Haushaltsstatistiken systematisch verschleiert. Dieses Eingeständnis

setzte an den Märkten einen Teufelskreis aus Ratingabwertungen der griechischen Papiere und stark ansteigenden Risikoprämien, die die Anleger forderten, in Gang. Im Ergebnis geriet die Zahlungsfähigkeit Griechenlands in Gefahr.




## Die Sparanstrengungen der griechischen Regierung

Die seit Ende 2009 amtierende sozialdemokratische Regierung Griechenlands unter Giorgios Papandreou hat sofort nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte ihre Absicht klargestellt, mit dem unverantwortlichen Haushaltsgebaren ihrer unmittelbaren wie auch ihrer früheren Vorgänger grundsätzlich zu brechen und künftig auf Haushaltswahrheit und den Versuch einer ambitionierten Konsolidierung zu setzen. Im Kampf gegen die sich lawinenartig verschlechternde Situation an den Finanzmärkten hat die griechische Regierung ein umfangreiches Konsolidierungspaket auf den Weg gebracht. Dazu gehören unter anderem:

- Bereits im Februar hat die griechische Regierung die Erhöhung der Kraftstoffsteuer beschlossen, einen Monat später erfolgte die Einführung der Stromsteuer.
- Anfang März wurde die Erhöhung der Verbrauchssteuern beschlossen. Die Umsatzsteuer ist zunächst von 19 Prozent auf 21 Prozent und soll nun auf 23 Prozent erhöht werden, der ermäßigte Steuersatz ist von 9 auf 11 Prozent und

der stark ermäßigte Steuersatz von 4,5 auf 5,5 Prozent erhöht worden. Die Tabaksteuer wurde um 2 Prozentpunkte und die Alkoholsteuer um 20 Prozentpunkte angehoben.

- Im April verständigte sich die Regierung auf die Einführung einer Luxussteuer. Dies betrifft Autos ab einem Wert von 17.000 Euro mit 10 Prozent, ab 20.000 Euro mit 20 Prozent und ab 30.000 Euro mit 30 Prozent besteuert werden. Darüber hinaus wird die Steuer beispielsweise erhoben beim Besitz von Schwimmbädern, Erwerb von Edelmetallen, Schmuck, Privatbooten, Pelzen.

- Im April wurde eine große Steuerreform verabschiedet, die unter anderem eine progressive Einkommenssteuer, eine neue Kapitalertragsteuer, ein Gesetz gegen Steuerhinterziehung und zur verstärkten Steuererfassung sowie eine Steuer auf Kircheneinkommen vorsieht.

- Die Gehälter im öffentlichen Dienst, inklusive der Gehälter der Regierungsmitglieder wurden um 10 Prozent gesenkt. Für den öffentlichen Dienst in Griechenland wurde ein Einstellungsstopp verfügt, Anwärter auf eine Festanstellung werden nicht übernommen. Hinzu kommen der Wegfall oder starke Kürzungen von Zulagen und Sonderzahlungen auf Gehälter.

- Das Renteneintrittsalter wurde um zwei Jahre von 63 auf 65 erhöht. Das Sparprogramm sieht vor, dass Rentner bis zum Jahr 2015 erst nach einer Lebensarbeitszeit von 40 Jahren zum Bezug der vollen Renten berechtigt sind. Im Augenblick reichen hierzu 37 Jahre.

- Es wurden Ausgabenkürzungen in öffentlichen Infrastrukturprojekten in einem Volumen von 500 Millionen Euro beschlossen.

- In der Abschlussphase befinden sich Gesetzesentwürfe für eine umfassende Gemeindereform, die zur Folge haben wird, dass von jetzt 1.000 nur noch 400 Verwaltungseinheiten übrig bleiben werden, die Abschaffung der Präfekturen, die Reduzierung der Regionen von zwölf auf sechs, die verstärkte Zusammenlegung von nachgeordneten Behörden auf allen Ebenen.

Angesichts der hohen Vorbelastungen des griechischen Haushalts mit einem Schuldenstand von 115 Prozent des BIP und einem aktuellen Haushaltsdefizit von über 13 Prozent des BIP in 2009 sind aber selbst diese außerordentlichen Konsolidierungsanstrengungen nicht ausreichend, um die finanzielle Stabilität des Landes zu erreichen.

## Das Hilfspaket des IWF und der EU-Staaten und die deutsche Beteiligung

Mit dem offiziellen Hilfsantrag der griechischen Regierung am 23. April gegenüber IWF und EU wurden unmittelbare Verhandlungen für die im Grundsatz zugesagte externe Hilfe begonnen und bis zum 2. Mai zum Abschluss gebracht.

Ziel des vereinbarten Hilfspakets ist es, den griechischen Staatshaushalt im Rahmen eines dreijährigen Reformprogramms wieder in eine langfristig tragfähige Lage zu bringen, die dem Land im Ergebnis dann auch wieder den Zugang zum Kapitalmarkt unter leistbaren Konditionen eröffnen soll. Für diese dreijährige Übergangsperiode soll Griechenland durch koordinierte Kreditzusagen der EU-Partner sowie des IWF von den kurzfristigen Entwicklungen am Kapitalmarkt unabhängig gemacht und seine Refinanzierung zu berechenbaren Zinskonditionen gewährleistet werden.

Im Rahmen des gesamten Kreditvolumens von 110 Milliarden Euro haben die EU-Staaten 80 Milliarden Euro in Form bilateraler Kredie zugesagt, davon 30 Milliarden Euro im ersten Jahr. Der deutsche Anteil daran beträgt 22,4 Milliarden Euro, davon 8,4 Milliarden Euro im ersten Jahr. Das Rettungspaket ist notwendig: Es garantiert Griechenland die Refinanzierung und wendet die Zahlungsunfähigkeit ab. Es eröffnet den Spielraum, in den kommenden drei Jahren mittels eigener Konsolidierungsbemühungen die finanzielle Situation zu stabilisieren. Es ist nicht zuletzt im deutschen Interesse, denn Deutschland ist auf eine funktionierende Währungsunion in besonderer Weise angewiesen.

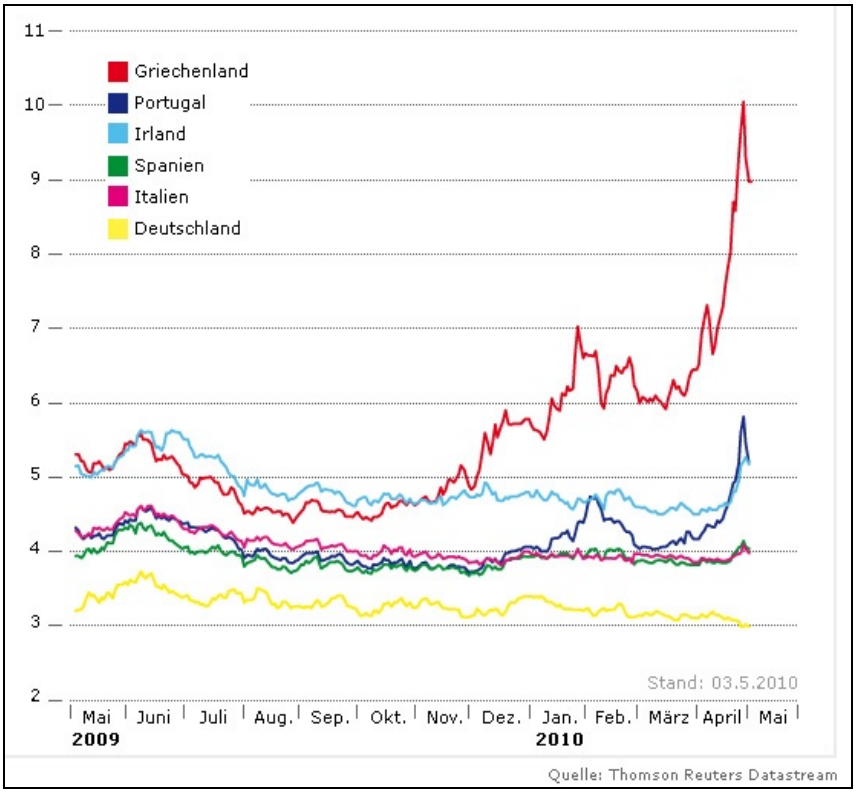
Die Bundesregierung fordert eine gesetzliche Ermächtigung, auf deren Grundlage der Bund für den deutschen Kreditanteil von 22,4 Milliarden Euro bürgt. Diese Kreditermächtigung allein reicht allerdings für eine wirksame Stabilisierung der Eurozone nicht aus.

## Die Hinhaltetaktik der Bundesregierung

Wie im September 2008 ist die Schuldenkrise Griechenlands vor allem eine Vertrauenskrise, die immer weiter um sich zu greifen droht. Damals, nach der Lehman-Pleite, haben die Staaten mit entschlossenem Handeln fehlendes Vertrauen wieder hergestellt. In der gegenwärtigen Situation geht es nicht mehr nur um das Vertrauen in den Markt, es geht um das Vertrauen in den Staat selbst – nicht nur in Griechenland, auch in anderen europäischen Ländern.

Die SPD hat in der Bundesregierung 2008 nach dem Grundsatz gehandelt: Im Mittelpunkt steht das Land, kurzsichtige Parteitaktik steht dahinter zurück. In der gegenwärtigen Bundesregierung scheinen andere Maßstäbe zu gelten. Die Bundeskanzlerin hat versucht, das Ausmaß der Krise mit Blick auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu vertuschen. Sie hat Entscheidungen verschleppt, Krisenfolgen und Kosten verschwiegen, die Menschen in diesen zentralen Fragen hinters Licht geführt. Die Bundesregierung ist ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden.

**Teures Abwarten – Zinsen 10jähriger Staatsanleihen**




Eine Krise in Europa erfordert von Deutschland als größtem Mitglied der Europäischen Union besondere Verantwortung. Das Taktieren der Bundesregierung hat das Ansehen und das politische Gewicht unseres Landes schwer beschädigt. Seit Monaten sendet die Bundesregierung widersprüchliche Signale aus, die Verunsicherung in den Märkten weiter geschürt haben. Jeder Tag ohne Klarheit hat die Zinsen in Griechenland weiter nach oben getrieben. Diese Bundesregierung hat den Brand erst schwelen lassen, dann durch gravierende Versäumnisse und Mutlosigkeit weiter angefacht. Jetzt schlagen die Flammen hoch, der Funkenflug setzt ein und bedroht Nachbarn.

**Internationale Stimmen**

***The Economist, 29. April 2010***

„Angela Merkels politische Glaubwürdigkeit ist noch nicht auf Ramsch-Status heruntergestuft worden, aber die letzten Tage haben ihr in dieser Beziehung überhaupt nicht geholfen. (…) Die Wahrnehmung, dass sie sich aus dem Prozess [der Griechenlandhilfe] heraushält, um die Irritation von Wählern zu vermeiden, beschädigt ihre Glaubwürdigkeit im Inland genauso wie im Ausland."

„Der Hauptschuldige ist Deutschland. Die ganze Zeit hat es versucht, es jedem Recht zu machen – Griechenland zu unterstützen, aber auch für seine Fehler zu bestrafen; die griechische Wirtschaft zu unterstützen, aber kein Geld dafür auszugeben; die Sache als ausschließlich griechisches Problem zu behandeln, wo doch deutsche Banken und deutsche Bürger, die griechische Anlagen halten, ebenfalls in Gefahr sind, ihr Geld zu verlieren. Aber statt zu erklären, warum Hilfe im deutschen Interesse ist, war Kanzlerin Angela Merkel von der Angst getrieben, die Bürger vor der Landtagswahl am 9. Mai zu verärgern. Das Spiel auf Zeit ist fehlgeschlagen."

***Wall-Street-Journal, 29. April 2010***

„Indem Angela Merkel binnenpolitische Interessen (...) vor das Gemeinwohl der Eurozone stellt, hat sie die EU als Mitspieler auf der internationalen Ebene geschwächt, was der Welt einmal mehr gezeigt hat, dass es kaum Hoffnung gibt, dass sich der Block auf absehbare Zeit zu einem verlässlichen Partner entwickelt."

Die Bundesregierung hat durch ihre Hinhaltetaktik auch den Deutschen Bundestag in eine schwierige Situation manövriert. Die Bundestagsabgeordneten müssen eine komplizierte Entscheidung von enormer Tragweite unter großem Zeitdruck treffen, weil viel Zeit vertan worden ist. Anders als die Große Koalition im Falle der Lehman-Pleite im Herbst 2008 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Fraktionen des Bundestages nicht einbezogen. Entgegen unserer frühzeitigen Bitte um Aufklärung, hat Angela Merkel hierzulande behauptet, es gäbe noch gar keinen Entscheidungsbedarf, während sie gleichzeitig in Brüssel bereits fieberhaft Gespräche führte. Trotzdem hat die SPD im Bundestag den Weg frei gemacht für eine schnelle Lösung, indem wir auf die sonst üblichen Fristen bei der Beratung von Gesetzentwürfen verzichtet haben.

Doch die Bundesregierung hat die ausgestreckte Hand ausgeschlagen und mit ihrem Verhalten nicht für eine breite Mehrheit im Parlament geworben. Die Koalitionsfraktionen haben sich in den gemeinsamen Beratungen strikt geweigert, weiterführende Maßnahmen mitzutragen, die die Ursachen der Krise an der Wurzel packen, die Lasten gerecht verteilen und die Stabilität des Euro dauerhaft gewährleisten.

**Warum eine Kreditermächtigung nicht ausreicht**

Voraussetzung für eine wirksame Stabilisierung der Eurozone ist, dass Griechenland auf den Pfad solider Finanzen zurückkehrt. Die Anstrengungen, die dem Land und den Menschen bevorstehen, sind beispiellos. Wer darauf mit Hohn und Hähme reagiert, wie dies Unions- und FDP-Politiker taten, die etwa zum Verkauf griechischer Inseln aufforderten, handelt schäbig und greift die europäische Einheit in ihrem Kern an. Es ist ein eklatantes Führungsversagen, dass die Bundeskanzlerin dieser antieuropäischen Stimmungsmache keinen Einhalt geboten hat. Griechenland verdient auf seinem jetzt eingeschlagenen Weg Respekt und Unterstützung. Damit das Land seine ehrgeizigen Ziele erreichen und zurück auf den Pfad nachhaltiger Haushalte gelangen kann, ist es auf die Hilfen der europäischen Partner und des IWF angewiesen.

Doch ein solches Rettungspaket kann nur effektiv und nachhaltig sein, wenn es dazu beiträgt, verlorenes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der europäischen Staaten zurückzugewinnen, Spekulationen einzudämmen und Lasten gerecht zu verteilen.

Deshalb müssen wir flankierend zur Unterstützung Griechenlands folgende Prinzipien zur Geltung bringen:

- Die Kostenrisiken für die Rettung Griechenlands können nicht allein auf die Steuerzahler abgewälzt werden - auch der Finanzsektor muss seinen Anteil leisten. Risiko und Haftung gehören in der sozialen Marktwirtschaft zusammen. Wer, wie die Käufer griechischer Staatsanleihen, jahrelang höhere Renditen kassiert, der muss auch einen Anteil des Risikos tragen. Wir müssen verhindern, dass ein ums andere Mal die Steuerzahler herangezogen, die Spekulanten aber belohnt werden. Die Kosten der Krise müssen von ihren Verursachern getragen werden.

- Spekulationen und Exzesse auf den Finanzmärkten müssen jetzt unterbunden werden. Sie dürfen die Eurozone nicht ein weiteres Mal an den Rand des Abgrunds führen. Von Griechenland darf kein Flächenbrand ausgehen. Deshalb müssen die Hilfen für Griechenland durch Initiativen zur Finanzmarktregulierung begleitet sein.

- Eine solide Finanzpolitik ist nicht nur eine Forderung an Griechenland. Jeder einzelne Euro-Staat muss glaubhaft machen, dass er sich dem Ziel solider Finanzen verpflichtet fühlt. Der Stabilitätspakt muss nachgeschärft werden. Wir brauchen mehr Transparenz und bessere Kontrollen. Und wir brauchen eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa. Eine gemeinsame Währung braucht eine abgestimmte Politik.

Bereits kurz nach der Lehman-Pleite haben wir konkrete Vorschläge dafür gemacht, deren Umsetzung bisher aber nicht erfolgt ist. Aufwändige staatliche Rettungsaktionen wie im Falle Lehman und jetzt im Falle Griechenlands sind aber nur vertretbar, wenn die Politik

nach dem Abwenden der unmittelbaren Gefahren unverzüglich Maßnahmen zur Verhütung einer Wiederholung der Krise herbei führt. Unterbleibt dies und erscheint die Politik milliardenschweren Rettungsforderungen unverantwortlich agierender Finanzmarktakteure wiederholt alternativlos ausgesetzt, so wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen der Demokratie sowohl auf europäischer Ebene wie auch in jedem einzelnen Mitgliedstaat nachhaltig erschüttert.

## Griechenland unterstützen und Europa stärken – Forderungen der SPD

Wir unterstützen das internationale Rettungspaket für Griechenland.

Damit es aber nachhaltig wirken, Europa und seine gemeinsame Währung dauerhaft stärken kann, damit vor allem ein Überspringen der griechischen Krise auf weitere Länder der Eurozone wirksam verhindert wird, muss das Rettungspaket um weitere Schritte ergänzt werden. Vorrangig muss sichergestellt sein, dass der Finanzsektor an den Kosten beteiligt wird und dass Spekulationen eingedämmt werden.

Deshalb sind unsere wichtigsten Forderungen:

- Die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**, um künftig die Beteiligung des Finanzsektors an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben und an den Folgekosten der Krise sicherzustellen. Außerdem geht von einer solchen Steuer – wie auch der IWF sagt – eine dämpfende Wirkung besonders auf kurzfristige Börsengeschäfte aus.

- Die **Risiko-Beteiligung von Banken und Investoren, die Staatsanleihen Griechenlands halten**. Hohe Zinssätze spiegeln das Risiko eines Ausfalls. Da aber durch das öffentliche Rettungspaket das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit Griechenlands abgesichert ist, müssen folgerichtig auch Abschläge bei den Zinsen folgen. Unter Führung der EZB sind mit Banken und Investoren entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

- Die **Regulierung von Rating-Agenturen weiter verbessern**. Direkte finanzielle Verflechtungen zwischen Rating-Agenturen und Finanzinvestoren, die von einem Rating profitieren, müssen verringert werden. Wir wollen außerdem die Gründung einer europäischen Rating-Agentur.
- **Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) auf Staatsanleihen verbieten**. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll nur noch abschließen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.

- **Leerverkäufe sind zu verbieten**. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.

- Der **Anleger- und Verbraucherschutz in Europa ist zu verbessern**. Der so genannte „graue Kapitalmarkt“ ist zu regulieren und zu beaufsichtigen. Künftig dürfen kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben.

### „Großer Einfluss auf Kurzfristgeschäfte“, „einfach zu erheben“ – Stellungnahme des IWF zur Finanztransaktionssteuer (FTS)

Die G 20 haben den IWF beauftragt, Möglichkeiten für eine „faire und substanzielle“ Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten auszuloten.

In seiner Stellungnahme weist der IWF darauf hin, die FTS löse nicht die **systemischen Probleme des Finanzmarktes**: das „too big too fail“ und das „too interconnected to fail“. Das aber soll auch nicht das Ziel sein. Bei der FTS geht es um die Bekämpfung von Spekulationen und um eine gerechte Verteilung der Krisenkosten. Natürlich brauchen wir **zusätzliche Regulierungen**, z.B. bei Hedgefonds-Aufsicht, Rating-Agenturen, Leerverkäufen, Kreditausfallversicherungen (CDS).

Der IWF sieht die Gefahr, dass auch positive Transaktionen beschnitten werden. Das aber geschieht nur in sehr geringem Maße. Auch der IFW räumt ein: „**Die FTS hat den deutlich größten Einfluss auf Short-Term Trading**”. Und gerade dieses „ultra-short-term dealing and wheeling“ (Nobelpreisträger Paul Krugman) ist gesamtökonomisch nutzlos oder sogar gefährlich.

Union und FDP behaupten, die Falschen würden belastet, während Finanzhasardeure sich Schlupflöcher suchten und in nicht erfasste Märkte flüchteten. Klar ist: Eine FTS allein reicht nicht. Wir fordern schon lange, den „grauen Kapitalmarkt“ zu regulieren. Unser Grundsatz lautet: Kein Markt, kein Akteur, kein Produkt ohne Aufsicht!

**Bankabhebungen, Überweisungen oder das Bezahlen mit EC- und Kreditkarte sind von FTS nicht betroffen**. Von der FDP wird gebetsmühlenartig wiederholt, dass eine Steuer auf Finanztransaktionen zu starken Belastungen bei Klein- und Riestersparern führen würde. Als Kronzeuge der FDP muss dabei stets das Bayerische Finanzministerium herhalten, das angeblichen errechnet habe, ein durchschnittlicher Riestersparer müsse innerhalb von 20 Jahren etwa 4.700 Euro an Finanztransaktionssteuern bezahlen. Diese Zahlen sind ausgemachter Unsinn. Aufgrund des Charakters der Riester-Produkte ergibt sich lediglich äußerst geringe Belastung für den einzelnen Sparer. Das Bayerische Finanzministerium hat sogar auf Nachfrage erklärt: „Das bayerische Staatsministerium hat keine derartige Studie erstellt."

Oft wird die **Umsetzbarkeit** der FTS infrage gestellt. Der IWF aber sagt: Die Umsetzbarkeit sei kein Problem. „Die meisten der G20-Staaten besteuern bereits heute irgendeine Art von Finanztransaktionen. … Die Erhebung von Steuern auf alle möglichen Arten börsengehandelter Wertpapiere (und Derivaten) kann einfach und billig sein.“ Da der Zahlungsverkehr **automatisiert und stark zentralisiert** ist, sei eine Besteuerung einfach machbar, erklärt Paul Krugman. Durch den elektronischen Handel über Clearingssysteme, dem auch Derivate unterworfen werden, wäre die Erhebung sogar **verblüffend einfach**. Es kann auf die bestehenden Trading-Systeme aufgebaut werden. Lediglich eine Änderung der Handelssoftware wäre notwendig.